



Haushalts- und Finanzausschuss

85. Sitzung (öffentlicher Teil)¹⁾

24. Juni 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:15 Uhr;

12:20 Uhr bis 14:45 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf/in: Franz-Josef Eilting, Iris Staubermann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2004) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 2004/2005) | 1 |
|----------|---|----------|

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/5490

Vorlage 13/2888

Erster Beratungsdurchgang

Der Ausschuss führt eine generelle Aussprache durch.

¹⁾ Vertraulicher Teil mit TOP 6 s. Vertr. APr 13/45

2 Informationen der Landesregierung über die Teilwertabschreibung der Vodafone Deutschland GmbH 13

Bericht des Finanzministeriums

- Bericht von Minister Jochen Dieckmann (FM) 13

- Aussprache 15

3 Kraftfahrzeugsteuer zeitnah nach der Zulassung erheben - Zusammenarbeit mit den Kommunen verbessern - Steuerrückstände schmälern 23

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksachen 13/4738 und 13/5321

Zuschriften 13/3734, 13/3738, 13/3739, 13/4020, 13/4024, 13/4033,
13/4035, 13/4041, 13/4048, 13/4055 und 13/4057

Hinzuziehung von Sachverständigen gemäß § 31 der Geschäftsordnung

Die Sachverständigen nehmen zu den vom Vorsitzenden genannten Problembereichen und den von den Ausschussmitgliedern aufgeworfenen Fragen Stellung:

Organisation	Redner	Zuschriften	Seiten
Städtetag Nordrhein-Westfalen	Christian Geiger	13/3738, 13/4033	24, 29, 37
Landkreistag Nordrhein-Westfalen	Dr. Marco Kuhn	13/2734, 13/4055	24, 31, 41
Deutscher Gewerkschaftsbund	Reinhard Kilmer	13/4048	24, 34
Deutsche Steuer-Gewerkschaft, Deutscher Beamtenbund	Meinolf Guntermann Uwe Waßmann	13/4057	24, 31, 40 35, 42
Finanzamt für Verkehrssteuern und Grundbesitz in Hamburg	Hans-Peter Kreuzmann	13/4041	26, 33, 39, 41, 42
Landeseinwohneramt Berlin	Marcus Schmöker	13/4020	26, 29, 35, 41
Hessisches Ministerium der Finanzen	Dr. Gottfried Dietz Markus Moos	13/4024	27, 32 33
Rheinisch-Bergischer Kreis	Kämmerer Udo Wasserfuhr	13/4035	36
TÜV Rheinland Group	Klaus Sambrowski		39

Weitere Zuschrift: Städte- und Gemeindebund NRW - 13/3739

4 Gesetz zur Änderung des Studentenwerkgesetzes (StWG) 43

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4998

Zuschriften 13/3828, 13/3854, 13/3855, 13/3856, 13/3860, 13/3869 und
13/3879

Ausschussprotokoll 13/1200

Nach kurzer Aussprache stimmt der Ausschuss ab.

Zunächst wird der **Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (*vgl. dazu Drucksache 13/5615, S. 13-16*) mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP **angenommen**.

Der Ausschuss **empfiehlt** sodann dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Gesetzentwurf Drucksache 13/4998** in der veränderten Fassung **anzunehmen**.

5 § 8a Körperschaftsteuergesetz muss umgehend novelliert werden 44

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5326

- Bericht von StS Dr. Noack (FM) 44

- Aussprache 46

Der **Antrag** von Dr. Stefan Grüll (FDP), über den Antrag der Fraktion der CDU in einer verkürzten Fassung **bereits heute zu entscheiden**, wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **abgelehnt**.

7 Verschiedenes

50

Der Ausschuss **beschließt**, sich an den Anhörungen zu dem Komplex "Jugendfördergesetze" sowie zu dem FDP-Antrag "Landeskulturpolitik statt Landesstaatskultur! ... " **nachrichtlich zu beteiligen.**

6 Landesbürgschaften im Jahr 2003

50

Vorlage 13/2861

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, **vertraulich zu beraten.**
(s. Vertr. APr 13/45).

Aus der Diskussion

Vorsitzender Volkmar Klein bittet zunächst um Verständnis, dass er den Beginn der Sitzung um eine Stunde vorverlegt habe. Er habe sicherstellen wollen, dass der Finanzminister, der einen anderen Nachmittagstermin wahrnehmen müsse, bei der Beratung der ersten beiden Tagungsordnungspunkte zur Verfügung stehe.

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Nachtragshaushaltsgesetz 2004) und Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 2004/2005) und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004/2005 und des kommunalen Entlastungsausgleichs zugunsten der Kommunen der neuen Länder im Haushaltsjahr 2005 (Solidarbeitragsgesetz - SBG 2004/2005)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/5490

Vorlage 13/2888

Erster Beratungsdurchgang

Vorsitzender Volkmar Klein weist zunächst darauf hin, dass er die in der Sondersitzung vorgestern beschlossene Anhörung für Dienstag, den 6. Juli, 13:00 Uhr, terminiert habe. Die schon pauschal beschlossene Liste der Einzuladenden könne heute konkretisiert werden.

Der Unterausschuss "Personal" habe sich bereits am 22. Juni mit dem Nachtragshaushalt befasst; er verweise auf Vorlage 13/2888.

Da über die Einzelpläne noch nicht gut beraten werden könne, bevor die Berichterstatter gegebenenfalls ihre Gespräche aufgenommen hätten, schlage er vor, heute eine generelle Aussprache durchzuführen.

Helmut Diegel (CDU) macht zunächst nochmals darauf aufmerksam, dass CDU und FDP gegen die Verkürzung der Frist für die Anhörung gestimmt hätten und sie es nach wie vor nicht für sachgemäß hielten, dass innerhalb von 14 Tagen dazu Stellung genommen werden solle.

Was die Probleme des Nachtragshaushalts in Gänze, aber auch schwierige Einzelfragen - wie etwa die weitere Erhöhung der globalen Minderausgaben, die Frage, ob die Höhe der Restkreditermächtigungen ausreiche, und die Frage der Schattenhaushalte -

angehe, wäre es geradezu peinlich, jetzt noch Gutachten anzufordern, weil niemand das innerhalb von zehn Tagen leisten könne. Die CDU-Fraktion habe deshalb darauf verzichtet und sich auf drei Sachverständige beschränkt.

Aus der Sicht seiner Fraktion sei es auch nicht hilfreich, die Frist für die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände auf zwei Wochen zu verkürzen. Zum einen sei das im Hinblick auf die Probleme nicht sachgerecht; zum anderen stehe die Frage im Raum, ob es rechtlich überhaupt zulässig sei, die vom Vorsitzenden bereits eingeräumte Frist von vier Wochen so zu verkürzen.

Zur Sache: Es sei bemerkenswert, mit welcher Intention der Finanzminister den Nachtrag eingebracht habe. Er habe eingeräumt, dass das alles schwierig sei, gleichzeitig aber erklärt, die Situation werde sich wieder bessern, die Steuereinnahmen würden wieder steigen und dann würden die zusätzlichen Schulden abgetragen. Er wüsste gerne vom Finanzminister, ob er einkalkuliert habe, dass dann, wenn sich die Konjunktur tatsächlich verbessern sollte, nicht nur höhere Steuereinnahmen, sondern auch höhere Zinsen die Folge seien. Wenn bei Schulden von 100 Millionen € die Zinsen durchschnittlich um 1 % anstiegen, würde 1 Milliarde € den Haushalt zusätzlich belasten.

Außerdem habe der Finanzminister darauf abgestellt, dass die Probleme des nordrhein-westfälischen Haushalts darin begründet lägen, dass es zu wenig Steuereinnahmen gebe, wofür die Landesregierung nicht verantwortlich sei. Der Minister verkenne, dass es auch ein Ausgabenproblem gebe. Jeder Bürger und jeder Unternehmer müsse wissen, dass er die Ausgaben an die Einnahmen anpassen müsse und dass man dabei die zwangsläufigen Ausgabensteigerungen nicht vergessen dürfe. Nach Meinung der CDU-Fraktion seien die gesunkenen Einnahmen jedenfalls nicht das einzige Problem; mittlerweile sei deutlich geworden, dass bei Koalition und Landesregierung der Sparwille fehle. Andere Bundesländer seien in der Lage, wirkliche Einsparungen vorzunehmen, während Nordrhein-Westfalen nur im Promillebereich spare. Die Tatsache, dass die Staatsquote in Nordrhein-Westfalen seit 1995 - also in einem Zeitraum, in dem die Schulden völlig aus dem Ruder gelaufen seien - unverändert bei 49,3 % liege, mache deutlich, dass kein Sparwille vorhanden sei. Das müsse die Regierung verantworten.

Immerhin habe der Finanzminister eingeräumt, dass das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen um 0,5 % hinter dem Durchschnitt der anderen Bundesländer zurückbleibe. Dies könne nur das Ergebnis einer verfehlten Wirtschaftspolitik sein. Die "Leuchtturmpolitik" könne nicht greifen; die Landesregierung müsste innovative mittelständische Strukturen fördern. Das tue sie aber nicht; stattdessen halte sie z. B. bei den Kohlesubventionen an ihrer verfehlten Politik fest.

In diesem Zusammenhang werfe die CDU-Fraktion der Landesregierung auch vor, dass sie den Eindruck erwecke - z. B. auf Seite 39 des Nachtragshaushaltsentwurfs -, es gebe Beschlüsse, auch über 2008 hinaus eine Entsperrung der Kohlemittel vorzunehmen. Weder in Nordrhein-Westfalen noch in Berlin sei es aber diesbezüglich zu Beschlüssen gekommen; außerdem müsse man feststellen, dass es in diesem Punkt zwischen SPD und Grünen offenbar eine ausgeprägte Trennlinie gebe.

Schließlich sei die CDU-Fraktion überrascht darüber, dass die Mehrheit zwar einen Doppelhaushalt politisch beschlossen habe, aber jetzt keinerlei Korrekturen am Haushalt 2005 vornehme, sondern dazu die November-Steuerschätzung abwarten wolle.

Wenn die sich als notwendig abzeichnenden Korrekturen für 2005 jetzt nicht vorgenommen würden, gebe es praktisch keinen Doppelhaushalt mehr, sondern nur noch zwei Einzelhaushalte. Es könne zwar sein, dass der Haushalt 2005 nach der November-Steuerschätzung noch einmal korrigiert werden müsse - jetzt aber gar nichts zu verändern und zu wissen, dass dieser Haushalt dann nicht mehr das Papier wert sei, auf dem er gedruckt sei, halte die CDU-Fraktion für politisch mehr als fragwürdig.

Gisela Walsken (SPD) möchte, was das Stichwort "Verantwortung" angehe, einiges klarstellen. Der Nachtrag sei in großem Maße dadurch notwendig geworden, dass es Haushaltsverschlechterungen durch Steuermindereinnahmen im Umfang von fast 1 Milliarde € gebe. Herr Diegel habe den Eindruck erweckt, es gehe um zusätzliche Ausgaben. Der Block der zusätzlichen Ausgaben mache aber nur 10 % des Nachtrags aus. Dabei handele es sich um rechtlich gebundene, zwangsläufig entstehende Ausgaben, und diese wiederum würden nicht durch zusätzliche Kredite, sondern durch globale Minderausgaben aus den Einzelplänen gedeckt. Zur Verantwortung gehöre, auch darauf hinzuweisen.

Zweitens: Zur Aufstellung des Doppelhaushalts habe Nordrhein-Westfalen ein umfangreiches Sparpaket durchgesetzt, das nicht nur Freude ausgelöst habe. Die Vertreter der CDU hätten sich an vielen Stellen von den Sparbemühungen abgesetzt bzw. sie unterlaufen, ohne eigene Vorschläge zu machen.

Wer aber hier fordere, innerhalb von wenigen Wochen 1 Milliarde € einzusparen, der müsse auch sagen, wie. Er müsse dann konkret sagen, dass das nur machbar sei, wenn man Beschäftigte entlasse - und das fristlos, weil die Haushaltswirksamkeit ja unmittelbar bevorstehe.

Mittlerweile sei es kaum noch auszuhalten, dass von den Vertretern der CDU-Fraktion behauptet werde, die Haushaltsprobleme seien darauf zurückzuführen, dass die Regierung die Ausgabenprobleme nicht löse. Es sei an der Zeit, dass die Opposition endlich einmal einen detaillierten Vorschlag mache. Die CDU-Abgeordneten sollten es lassen, einerseits die Einstellung zusätzlichen Personals zu fordern und andererseits von Regierung und Koalition mehr Einsparungen zu verlangen, ohne dabei selbst konkret zu werden.

Edith Müller (GRÜNE) greift ebenfalls das Stichwort "Verantwortung" auf und erinnert die CDU-Fraktion daran, dass auch sie Verantwortung tragen müsse. Es nütze nichts, wenn Herr Diegel immer nur sage, man könne die Probleme durch Einsparungen lösen, aber selbst keine realitätstauglichen Vorschläge mache. Wann immer es darum gehe, die Bedingungen für das Land zu verbessern, blockiere die CDU, in Düsseldorf genauso wie in Berlin.

Das aktuellste Beispiel dafür sei die von der Bundesregierung vorgesehene Förderung der Eliteuniversitäten: Die CDU blockiere das mit dem Ergebnis, dass es im Moment noch kein Geld für Nordrhein-Westfalen gebe. Genauso habe die Union bei dem Vorstoß von Rot-Grün blockiert, die Eigenheimzulage auf null zu setzen und zugleich ein Investitionsprogramm für die Altbausanierung aufzulegen. Beim Thema Abschaffung bzw. Reduzierung der Pendlerpauschale habe die CDU ebenfalls blockiert.

Bei der Durchgängigkeit im föderalen System könne eine Partei nicht im Land "A" und im Bund "B" rufen. Was die Einnahmeseite angehe, könne Nordrhein-Westfalen nun einmal nicht selbstständig handeln; das müsse doch auch die CDU kapiieren. Solange die Union so weitermache, werde sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, ohne Konzept mit einer reinen Blockadepolitik vorzugehen. Das nütze Nordrhein-Westfalen am allerwenigsten.

"Mich treibt diese Verschuldung ernsthaft um", bemerkt **Angela Freimuth (FDP)**. Seit vier Jahren erlebe sie nun ritualisiert die Empörung über die Verschuldung und ihr Ansteigen sowie streitige Diskussionen über Initiativen zur Privatisierung und zum Subventionsabbau. Mit der 1 Milliarde €, die jetzt noch nach dem Motto "es geht nicht anders" auf die Verschuldung draufgepackt werde, sei der Level der Verschuldung so exorbitant, dass sie mit Wut im Bauch sagen müsse: Das kann so nicht weitergehen. - Wenn jetzt der Nachtragshaushalt im Schweinsgalopp durchgepeitscht werde, bedeute das, die Chance zu vertun, gemeinsam zu überlegen, wie man den Karren aus dem Dreck ziehen könne.

Sie verstehe, dass Frau Walsken und Frau Müller von Herrn Diegel Vorschläge erwarteten, aber sie weise den Vorwurf von sich, dass die Opposition sich verweigere und alles blockiere. Sie würde gerne mit der Regierungsseite darüber ins Gespräch kommen, wie man in Nordrhein-Westfalen zu mehr Wachstum und Beschäftigung gelangen, die Arbeitslosenquote senken, die Insolvenz Zahlen verringern und mehr Existenzgründungen erreichen könne. Das alles eröffne auch die Chance zu verbesserten Einnahmen. Sie würde auch gerne dabei mitmachen, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um eine Steuerreform zu erreichen, die diesen Namen verdiene und die Raum lasse für Investitionen und für Menschen, die unternehmerisch tätig werden wollten.

Aufgrund des in den letzten Jahren erreichten Schuldenniveaus könne man es sich nicht leisten, erneut so vorzugehen wie letztes Jahr, sondern müsse zu einem Wechsel kommen. Die FDP-Fraktion habe wiederholt das Angebot unterbreitet, in den schwierigen Prozess des Subventionsabbaus mit hineinzugehen und die Konsequenzen gemeinsam auf den Weg zu bringen. Dazu gehöre, dass die Koalition die Vorschläge der Opposition nicht von vornherein verdamme, sondern differenziert darauf eingehe, statt erst dann, wenn sie der Verschuldung ohnmächtig gegenüberstehe, nach Vorschlägen zu fragen. Sie würde sich freuen, wenn man gemeinsam die Chance ergreife, um die Neuverschuldung zu verhindern und im Idealfall sogar die Verschuldung des Landes zurückzuführen.

Wie schwierig das werde, zeigten die Beiträge der Vertreterinnen von SPD und Grünen, bemerkt **Helmut Diegel (CDU)**. Offensichtlich habe die Koalition noch nicht verstanden, dass dann, wenn sich die Steuereinnahmen degressiv entwickelten, wie es seit 2001 der Fall sei, und zumindest mittelfristig nicht mit einem Anstieg der Steuereinnahmen gerechnet werden könne, die Aufgaben auch degressiv gestaltet werden müssten. Das alles wisse man seit mindestens zwei Jahren. Also wäre es notwendig gewesen, Vorsorge zu treffen. Das vermisse die CDU-Fraktion.

Er frage sich, wie Frau Müller überhaupt noch in den Spiegel schauen könne. Sie predige seit Jahren das Thema Nachhaltigkeit; ihr persönlich sei das sicherlich sehr wichtig. Es sei aber doch nicht nachhaltig, in den letzten acht Jahren 32 Milliarden € zusätzliche Schulden aufzunehmen, davon alleine mehr als 6 Milliarden € im letzten Jahr. In diesem Jahr seien es noch einmal 6 Milliarden €, und die Entwicklung 2005 werde in dieselbe Richtung gehen.

Dass Frau Walsken versuche, der CDU in den Mund zu legen, sie hätte die Entlassung von Beschäftigten gefordert, sei absurd. Weder bei der FDP noch bei der CDU habe er so etwas gehört; kein CDU- und kein FDP-Vertreter habe irgendwo von fristlosen Entlassungen geredet. Die Opposition rede wohl seit Jahren davon, dass zu einer Strukturveränderung auch eine Aufgabenreduzierung gehöre mit der Folge, dass dann auch weniger Personal benötigt werde. Dafür müsse aber niemand fristlos entlassen werden. In einer Notsituation müsse wohl über einen Einstellungsstopp nachgedacht werden; dazu habe die Koalition aber anscheinend nicht die Kraft.

Dass SPD und Grüne jetzt immer wieder Vorschläge von der Opposition forderten, halte er für peinlich. Die Forderung wäre berechtigt, wenn die CDU-Fraktion alles das, was sie in den letzten Jahren vorgeschlagen habe, nicht vorgelegt hätte. Die Reaktion der Koalition sei immer nach dem gleichen Muster verlaufen: "Ihre Vorschläge sind untauglich, deshalb sind es keine; machen Sie bitte Vorschläge!" Alle Vorschläge, die von anderen Fraktionen gemacht würden, passten der Koalition nicht, und deshalb werde behauptet, es seien keine. So einfach dürfe man es sich aber nicht machen.

Der Redner greift sodann das Stichwort "Verantwortung" noch einmal auf und erinnert daran, dass Herr Rüttgers in den Jahren 2002 und 2003 den Koalitionsfraktionen eine Sanierungscoalition angeboten habe. Beide Angebote habe Herr Moron brüsk abgelehnt. Er frage Frau Müller, ob das angemessen sei und ob die Koalition nicht wenigstens den Versuch hätte machen können, das Angebot auszutesten, statt die gereichte Hand brüsk zurückzuweisen. Die Bereitschaft, Verantwortung mitzutragen, habe es seitens der CDU-Fraktion also gegeben; anders lautende Vorwürfe entbehrten jeder Grundlage.

Er sei auch gerne bereit, das Thema Verantwortung über die Landesebene hinauszuziehen. Die Situation mit unterschiedlichen Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat sei zugegebenermaßen nicht einfach. Allerdings dürfe er darauf hinweisen, dass von den CDU-regierten Bundesländern keineswegs eine Blockadepolitik à la Lafontaine praktiziert werde. Es habe einen Kompromiss beim Zuwanderungsgesetz gegeben. Die Beschlüsse zur Gesundheitspolitik seien aufgrund der Verantwortung der CDU im Bundesrat verabschiedet worden. Auch in Sachen Steuerreform sei im September letzten Jahres ein Kompromiss erzielt worden. Beim Abbau von Subventionen habe es aufgrund der Koch/Steinbrück-Initiative im Bundesrat ebenfalls einen Durchbruch gegeben.

Frau Müller und Frau Walsken müssten doch erkennen, dass das die Übernahme von Verantwortung sei. Sie sollten endlich aufhören, den Menschen die Mär zu erzählen, die Union stelle sich in Berlin und in Düsseldorf nicht der Verantwortung. Lügengeschichten hätten bekanntlich auch kurze Beine.

Manfred Palmen (CDU) macht darauf aufmerksam, dass die Regierung in den Doppelhaushalt hineingeschrieben habe, nach der konjunktur- und finanzpolitischen Leitlinie des Landes seien zusätzliche Sparanstrengungen zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht geeignet.

Auf der anderen Seite habe der heutige Ministerpräsident bei Einbringung des Haushalts 2002 als Finanzminister als Leitlinie ausgegeben: "Erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder".

Trotz dieser Leitlinie habe die Koalition zugestimmt, dass das Land im vergangenen und diesem Jahr jeweils mehr als 6 Milliarden € zusätzliche Schulden mache, und im Jahre 2005 sei auch mit 5 bis 6 Milliarden € zu rechnen. In drei Jahren seien das rund 19 Milliarden € neue Kredite.

Wenn dazu von Rot-Grün wiederholt erklärt werde, das Land hätte diese Probleme nicht, wenn die Union im Bundesrat den Vorschlägen zur Pendlerpauschale und zur Eigenheimzulage zugestimmt hätte, sei das Geschichtsklitterung. Denn es habe mit Zustimmung der Union eine Kürzung der Eigenheimzulage um 30 % gegeben; der Vorschlag von Rot-Grün sei gewesen, um 50 % zu kürzen. Auch bezüglich der Pendlerpauschale sei eine Kürzung beschlossen worden; und auch hier habe die Koalition keineswegs die vollständige Streichung beantragt. Die zusätzlichen Steuereinnahmen, die sich für Nordrhein-Westfalen ergeben hätten, wenn die Union den Vorschlägen von Rot-Grün gefolgt wäre, kämen nie und nimmer an die Zahlen heran, die jetzt als zusätzliche Kredite aufgenommen würden. Das müsse doch auch einmal seriös dargestellt werden.

Dass Sparen schwierig sei, gelte im Übrigen für alle. Immerhin habe die kommunale Familie in den vergangenen zehn Jahren 46.000 Arbeitsplätze abgebaut. Demgegenüber würden beim Land bei einem Personalkörper von 413.000 in diesem Jahr 800 und im nächsten Jahr 900 Stellen abgebaut. Er frage sich, was noch geschehen müsse. Alle Diskussionen über das Personal endeten immer mit dem Satz: "Betriebsbedingte Kündigungen gibt es nicht". Für ihn stehe aber fest: Zumindest alles das, was beschlossen sei, müsse energisch durchgeführt werden. Er sei gespannt, ob die Zusage der Ressorts, von den 13.000 kw-Stellen bis Ende 2005 rund 5.000 abzubauen, wirklich eingelöst werde.

Minister Jochen Dieckmann (FM) antwortet Herrn Diegel, es bleibe bei der Zusicherung der Landesregierung, nach einer Erholung der Konjunktur und des Staatshaushaltes die Schulden abzutragen. Aus guten Gründen könne er das im Moment nicht beziffern. An der politischen Entschlossenheit sollte aber niemand zweifeln.

Herr Diegel könne nicht unterstellen, dass ein Schuldenstand von 100 Millionen € im Zins gleichmäßig ansteige. Bei den Landesschulden handele es sich weit überwiegend um langfristige Verbindlichkeiten, sodass sich Veränderungen des Zinsniveaus äußerst langfristig auswirkten. Die Struktur, die das Schuldenmanagement praktiziere, mache das Land wesentlich unabhängiger von Zinsentwicklungen, als es sich ein Laie vorstelle.

Auch in der Frage, inwieweit das Land ein Ausgaben- oder ein Einnahmenproblem habe, bitte er Herrn Diegel, sich die Welt nicht so passend zu machen, dass er dann da-

gegen vorgehen könne. Er, Dieckmann, habe an keiner Stelle behauptet, dass es nur ein Einnahmenproblem gebe, sondern er habe immer gesagt: "Wir haben nicht nur ein Ausgabenproblem".

Was dieses Ausgabenproblem angehe, sei die Landesregierung nicht untätig gewesen. Gerade der Doppelhaushalt habe Gelegenheit gegeben, auf der Ausgabenseite zu konsolidieren. Er hätte sich schon gewünscht, dass der CDU-Fraktionsvorsitzende nicht zu denen gehöre, die sich dagegen ausgesprochen hätten. Landesregierung und Koalition hätten den Versuch unternommen, die Personalkosten zu reduzieren, und seien dabei erfolgreich gewesen, und das nicht nur gegen den Widerstand der Betroffenen, sondern auch gegen den Widerstand von Dr. Jürgen Rüttgers, der sich mit den Konsolidierungsopfern draußen solidarisiert habe, aber im Landtag gewettert habe, die Regierung tue nichts.

Für diesen Erfolg gebe es auch Belege: Im Jahre 2003 hätten alle Bundesländer eine Ausgabenentwicklung von plus 0,4 % aufzuweisen. Bayern liege mit plus 1,0 % und Baden-Württemberg mit plus 0,9 % deutlich darüber; Nordrhein-Westfalen liege mit minus 0,6 % aber sehr deutlich darunter. Nordrhein-Westfalen tue also einiges auf der Ausgabenseite und werde das auch in den kommenden Jahren tun, obwohl es durch die Steigerungen beim Personalaufwand alleine ein Plus von 2 % haben werde.

Darüber hinaus habe Nordrhein-Westfalen aber auch ein Einnahmenproblem. Die Steuereinnahmen im Jahr 2004 lägen um 3 Milliarden € unter denen des Jahres 2000. Deshalb sei grundsätzlich zu fragen, wie man in Zukunft die Finanzierbarkeit der öffentlichen Aufgaben sicherstelle.

Selbstverständlich könne man über die Wirtschaftspolitik streiten. Gerade was die Entwicklung im Mittelstand angehe, lasse die Landesregierung es aber an nichts fehlen. Wenn das Handwerk den Wirtschaftsminister mit einem Preis auszeichne, deute das darauf hin, dass in der richtigen Richtung gearbeitet werde. Auch wenn die Zahl der Insolvenzen steige, sei er sicher, dass es angesichts der großen Zahl von Neugründungen, die die Landesregierung ja maßgeblich fördere, immer noch einen positiven Saldo gebe.

Der "Doppelhaushalt" sei die Summe zweier selbstständiger Haushalte. Er bleibe dabei, dass jetzt über 2004 geredet werde, und wenn man näher dran sei, würden Konsequenzen für 2005 gezogen. Es könne ja auch sein, dass es besser werde. Man sei gut gefahren mit der Politik der zeitnahen Korrekturen so weit wie möglich, aber auch nur so weit wie nötig.

Christian Lindner (FDP) führt aus, er habe immer wieder ein Déjà-vu-Erlebnis, wenn es heiße, dass Einnahmeprognosen unterschritten und Ausgabenerwartungen überschritten worden seien. An einer Stelle, nämlich bei den Ausgaben für die offene Ganztagschule, könne er das überblicken. Die Ausgaben seien dort nur scheinbar höher ausgefallen als erwartet; denn es sei selbst von der Landesregierung schon vor Monaten eingeräumt worden, dass sich die Erwartungen nicht so erfüllten wie erhofft. Die höheren Ausgaben hätten also schon früher etatisiert werden können. Unter dem Strich

könne er sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es ein Stück weit Methode habe, wie mit Einnahme- und Ausgabepositionen umgegangen werde.

Von den Vertreterinnen der Koalition sei von "Verantwortung" geredet worden. Er würde sie gerne fragen - und er bitte auch den Minister, das zu kommentieren -, wie es mit der Verantwortung im Zusammenhang mit dem Jugendfördergesetz aussehe. Der von der Landesregierung dazu eingebrachte Gesetzentwurf sehe für 2006 96 Millionen € für zusätzliche Leistungen nach den §§ 11 bis 14 des SGB VIII vor. Es sei zwar bemerkenswert, dass die Landesregierung einen solchen Blankoscheck für die Zeit nach der nächsten Landtagswahl ausstelle. Wenn sie es aber so machen wolle, müsse sie es jetzt in den Nachtrag aufnehmen und auch gegenfinanzieren, sonst sei das nur ein billiger Trick, um den Menschen zu suggerieren, dass man auf Anliegen eingehe. Er bitte, in der mittelfristigen Finanzplanung aufzuzeigen, wo diese Ausgaben hergeholt werden sollten. Mit solchen Ankündigungen zu arbeiten, wenn die Ausgaben nicht gedeckt seien, sei nicht seriös.

Der Finanzminister habe eben betont, dass es ein Einnahmen- und ein Ausgabenproblem gebe. Die FDP vermisse, dass die Landesregierung an beiden Stellen, also auch an dem Ausgabenproblem, und zwar bei den großen Töpfen, arbeite. - Auf den Einwurf von **Minister Jochen Dieckmann (FM)**, ob er wisse, worüber sich die zahlreichen Demonstranten aufgeregt hätten, entgegnet **Christian Lindner (FDP)**, die Demonstrationen im Jugendbereich hätten zu Recht stattgefunden, weil die Kürzungen im Landesjugendplan mit 21 % bundesweit überdurchschnittlich seien.

Das seien aber nicht die großen Töpfe. Solange der Landesrechnungshof in seinem Bericht noch so viele Monita aufführe, betreibe die Landesregierung die Konsolidierung des Haushalts nicht engagiert genug. Es fehle auch an einem Blick über die Landesgrenzen hinaus, was etwa in Bayern oder in Berlin an ernsthaften Konsolidierungsanstrengungen unternommen werde, von denen man sich vielleicht inspirieren lassen könnte.

Gegenüber Frau Müller macht der Redner darauf aufmerksam, dass eine Abschaffung der Eigenheimzulage maximal 250 Millionen €, für Nordrhein-Westfalen also rund 40 Millionen €, erbracht hätte. Für ihn wäre das im Übrigen eine Steuererhöhung. Mit der FDP werde es aber keine Steuererhöhungen für Krötentunnel, Waldpädagogik und die Steinkohle geben.

Für **Edith Müller (GRÜNE)** ist die Antwort auf die Frage, ob man weiter einen Schlagabtausch betreiben oder kooperieren solle, klar: Es sei notwendig, zu einer gemeinsamen Sicht der Dinge zu kommen und sich über das, was möglich sei, zu verständigen.

Nach ihrer Auffassung sei es nicht machbar, mit dem Nachtragshaushalt 2004 den Landeshaushalt grundsätzlich zu verändern. Auch die Opposition könnte es nicht schaffen, auf einmal 6 Milliarden € einzusparen oder unter die Verfassungsgrenze zu kommen. Die Probleme hätten eine Dimension, dass sie im Rahmen einer jährlichen Betrachtung des Haushalts nicht gelöst werden könnten.

Deshalb appelliere sie an die Bereitschaft aller, mit der Koalition über mittelfristige Rahmenbedingungen zu sprechen. Dabei sei für sie klar, dass die Vorgabe des Finanz-

planungsrates, nämlich 1 % Ausgabenwachstum, Nordrhein-Westfalen nicht helfen werde, denn das bedeutete auch für die nächsten Jahre verfassungswidrige Haushalte. Für erforderlich halte sie eine Verständigung darüber, welche Leistungen das Land mittelfristig erbringen wolle. Niemand komme darum herum zu konstatieren, dass steigende Zinslasten und Pensionen dem Land die Luft abschnürten. Im jetzigen Haushalt seien gerade einmal 500 Millionen € frei verfügbar. Und in dieser Situation werde verlangt, die Mittel für den Landesjugendplan aufzustocken und festzuschreiben. Die Deckung dafür könne nur durch die Kürzung anderer, auch lieb gewordener Förderprogramme im Land erreicht werden.

Auf diese Weise konkurrierten alle miteinander, statt sich gemeinsam zu verständigen, wie hoch der Korridor staatlicher Leistungen sein sollte und welche Aufgaben finanziert würden. Sie plädiere dafür, das zu tun, und wenn irgendwo Begehrlichkeiten entstünden, müssten alle Haushälter gemeinsam nein sagen. Das sei ein Teil der Verantwortung.

Die Rednerin kommt auf die Äußerungen zur Eigenheimpauschale zurück und betont, dass ihre Fraktion deren vollständige Streichung gefordert habe - selbstverständlich in dem Bewusstsein, dass die vollen Einsparungen erst nach acht Jahren erzielt würden. Bei der Pendlerpauschale habe ihre Fraktion eine sehr viel deutlichere Kürzung gefordert. Das Paket der Bundesregierung habe Einsparungen von 18 Milliarden € vorgesehen; herausgekommen seien - trotz Koch/Steinbrück - nur 2,4 Milliarden €. Sie wünsche sich daher einen größeren Konsens über das, was mittelfristig erforderlich sei. Der Erfolg hänge notwendigerweise mit dem zusammen, was Bundestag und Bundesrat beschlössen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) führt aus, was Herr Diegel wolle, hätte einen radikalen Sozialabbau zur Konsequenz. Interessant finde er seine Forderung nach einem Einstellungsstopp für Nordrhein-Westfalen. Das hätte z. B. zur Folge, dass die 6.150 Lehrerstellen, die dieses Jahr wieder besetzt werden sollten, nicht besetzt würden. Und auch bei der Polizei werde niemand eingestellt. Das sei also die konkrete CDU-Politik - entgegen dem, was die CDU-Abgeordneten ansonsten verlangten.

Die FDP fordere z. B. die Privatisierung der Gesundheitsvorsorge - was konkret heiße, dass gerade die Menschen mit geringem Einkommen ganz anders belastet würden. Interessant sei auch, sich mit den Vorstellungen der FDP, was den Landesjugendplan angehe, auseinander zu setzen.

Auf der einen Seite fordere die Opposition also, dass ein Einstellungsstopp vorgenommen und weiter gekürzt werde. Auf der anderen Seite verspreche sie den Menschen dafür zu sorgen, dass für Bildung, innere Sicherheit usw. mehr Leute eingestellt würden. Auf Bundesebene forderten CDU und FDP eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern, obwohl gerade heute dem "Handelsblatt" zu entnehmen sei, dass Großunternehmen Spitzenrenditen erzielten. Die Einnahmeseite würde sich durch die Umsetzung dieser Forderungen noch weiter verschlechtern. Gleichzeitig mache die Opposition keinen einzigen konkreten Einsparungsvorschlag.

Das alles werde man nicht durchgehen lassen, sondern in den nächsten Monaten sehr deutlich in die Öffentlichkeit bringen, was CDU und FDP wirklich wollten und welche

gravierenden Auswirkungen das zwangsläufig nach sich ziehe. Dabei sei die Forderung von Herrn Diegel nach einem Einstellungsstopp ein "echter Hammer".

Gisela Walsken (SPD) greift ebenfalls das Stichwort "Einstellungsstopp" auf und zitiert aus dem Entschließungsantrag der CDU-Fraktion zur dritten Lesung des Doppelhaushalts - Drucksache 13/4959, S. 2 - folgenden Absatz:

"In der engeren Landesverwaltung (70.000 Stellen) werden jährlich 1,5 % des Personals eingespart. Dabei geht es zunächst um 1.050 Stellen. Das entspricht einem Finanzvolumen von 52,5 Millionen €. Die Gesamteinsparung bis 2011 liegt bei 1,895 Milliarden €. Bei Lehrern, in der Justiz und bei Polizisten wird kein Personal abgebaut."

Im Unterschied zur CDU gehe sie von rund 25.000 Stellen in der engeren Landesverwaltung aus, sodass 1,5 % Einsparungen 375 Stellen bedeuteten. Dies zuzüglich der Realisierung der fast 9.000 kw-Vermerke sei die Einsparoperation der CDU. Sie bitte einmal zu erklären, wie die CDU diese Maßnahme für 2004 kassen- und haushaltswirksam machen wolle, ohne Beschäftigte zu entlassen.

Auf derselben Seite des genannten Entschließungsantrages heiße es unter II.3:

"Der Landtag erwartet von der Landesregierung Umschichtungen im Haushalt 2004/2005 mit dem vordringlichen Ziel der Rücknahme der unfairen und ungerechten Kürzungen in den Bereichen Kindertagesstätten, Ersatzschulen, Weiterbildung, Landesjugendplan, Unterstützung für Behinderte und Unterstützung für Übungsleiter. ..."

Die CDU-Fraktion fordere also im Landtag umfangreiche Einsparungen, erkläre aber zugleich öffentlichkeitswirksam, dass sie die von der Regierung getroffenen Sparmaßnahmen voll und ganz wieder zurücknehmen wolle. Wer sich so verhalte, sei nicht regierungsfähig. Die CDU werde die sich daraus ergebenden Fragen beantworten müssen.

Die Abgeordnete wendet sich dann dem Beitrag von Herrn Lindner zu. Die FDP habe immer wieder gesagt, dass sie das Modell der offenen Ganztagschule nicht mittrage. Jetzt kritisiere Herr Lindner, dass eine Erhöhung des Ansatzes erforderlich werde, weil dieses Modell so erfolgreich sei. Gleichzeitig verlange er sofort mehr Mittel für die Jugendförderung. Herr Lindner scheine überhaupt nicht begriffen zu haben, weshalb gerade für 2004 und 2005 Kürzungen im Landesjugendplan hätten vorgenommen werden müssen.

Abschließend nennt Frau Walsken noch einmal das Stichwort "Verantwortung" und bittet, seriös mit den Dingen umzugehen, sonst werde man draußen von niemandem ernst genommen.

Mit dem Vorschlag des **Vorsitzenden**, mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit nur noch die vorliegenden Wortmeldungen abzuarbeiten, ist der **Ausschuss** einverstanden.

Angela Freimuth (FDP) entgegnet Herrn Sagel, für unsozial halte sie die derart steigende Verschuldung, nicht aber die Auswirkungen der Vorschläge der FDP. Sie möchte gerne in einer Gesellschaft leben, die in der Lage sei, sich solidarisch gegenüber denjenigen zu verhalten, die sich alleine nicht helfen könnten. Wenn die Staatsschulden aber weiter so anstiegen wie in den letzten Jahren, werde es auf absehbare Zeit keine Möglichkeiten für eine solche Solidarität mehr geben; das könne nicht mehr funktionieren. Sie sei für eine drastische Absenkung der Verschuldung, weil es ihr darum gehe, diese Gesellschaft sozial und solidarisch zu erhalten.

Sie würde auch gerne mit Herrn Sagel einmal darüber diskutieren, wie die sozialen Sicherungssysteme unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung ausgestaltet werden könnten, sodass man sie sozial erhalte. Das FDP-Konzept zur Privatisierung der Krankenversicherung sehe ja Transferleistungen aus dem Steuerverbund für Einkommensschwache vor. Solange Herr Sagel eine Politik vertrete, die für den Steinkohleabbau wie auch für Waldpädagogik unter Gender-Aspekten Mittel bereitstelle, statt sie für den Schuldenabbau zu verwenden oder sie dem Pensionsfonds zuzuführen, um Vorsorge für den weiteren Anstieg der Pensionslasten zu treffen - was ja auch Frau Müller fordere -, solange stecke er den Kopf in den Sand und mache sich offenbar keine Gedanken darüber, dass er dazu beitrage, diese Gesellschaft so weit vor die Wand zu fahren, dass sie mittelfristig zu Solidarität nicht mehr in der Lage sein werde.

Michael Breuer (CDU) entgegnet Frau Walsken, Rot-Grün sei in den letzten zehn Jahren immer weiter in die Sackgasse gefahren, ohne zurückzusetzen, und habe jetzt das Problem, Gefangener der roten Zahlen zu sein. Der Rechnungshofbericht weise nach, an wie vielen Stellen Geld falsch ausgegeben worden sei.

Natürlich gebe es nicht nur ein Ausgaben-, sondern auch ein Einnahmenproblem. Rot-Grün in Berlin und Düsseldorf schaffe es nicht, die Wirtschaft so auf Trab zu bringen, dass wieder Steuereinnahmen flössen.

Im Übrigen sehe die CDU-Politik durchaus Einschnitte vor. Die Debatte über die Steinkohlesubventionen habe ja auch im eigenen Lager nicht nur Freude ausgelöst.

Es bleibe festzustellen, dass Nordrhein-Westfalen seit 10 oder sogar 20 Jahren auf dem Abstellgleis sei und immer weiter in den Morast hineinfahre. Das habe Rot-Grün zu verantworten.

Abschließend fragt der Redner den Finanzminister zum Thema "globale Minderausgaben" erstens, wie exakt die globale Minderausgabe des Jahres 2003 erwirtschaftet worden sei - heruntergebrochen auf das Nettoprinzip -, zweitens, ob es schon Rückmeldungen aus den Ressorts über die Erwirtschaftung der im Haushalt 2004 schon von Anfang an ausgebrachten globalen Minderausgabe gebe, und drittens, inwieweit die Realisierung der globalen Minderausgaben des Jahres 2003 und des angefangenen Jahres 2004 auf investive und auf konsumtive Ausgaben entfalle. Mit einer schriftlichen Beantwortung wäre er einverstanden.

Manfred Palmen (CDU) weist die Aussage von Frau Walsken zurück, von der CDU seien keinerlei Einsparvorschläge gemacht worden. In der Debatte über die Kürzung

des Weihnachtsgeldes und die Streichung des Urlaubsgeldes im Umfang von 465 Milliarden € und die 41-Stunden-Woche für die Beamten habe er vorgetragen, dass auch die CDU-Fraktion für die 41-Stunden-Woche und für Kürzungen immerhin im Umfang von 380 Millionen € plädiere. Darauf habe auch Dr. Rüttgers, als er an der Demonstration der Beamten teilgenommen habe, hingewiesen.

Christian Lindner (FDP) verdeutlicht, worin sich die Positionen der Koalition und der FDP zum Jugendfördergesetz unterscheiden. Die Koalition reduziere die Fördermittel so erheblich, dass Strukturen kaputtgemacht würden, und wolle sie ab 2006 wieder erhöhen, allerdings nicht für offene Jugendarbeit, sondern für schulbezogene Angebote. Die FDP wolle auf diesem Gebiet durchaus auch einen Konsolidierungsbeitrag erwirtschaften, aber verlässlich und langfristig, und habe deshalb die Anpassung der Förderhöhe an die demographische Entwicklung vorgeschlagen. Damit werde eine Anpassung der Strukturen ermöglicht; die Konsolidierung geschehe fair und transparent.

Zuletzt spricht der Abgeordnete Herr Sagel an. Der Finanzminister und der Ministerpräsident bemühten sich, Vertrauen in der Wirtschaft zu erzeugen und Investitionen anzuregen. Sie seien dabei aber nicht erfolgreich, weil die Angesprochenen wüssten, dass es auch politische Verantwortungsträger wie Herr Sagel gebe.

Vorsitzender Volkmar Klein bittet abschließend den Finanzminister, die von Herrn Breuer gestellten Fragen bis zur nächsten Sitzung schriftlich zu beantworten.